

**VOLKSBLATT SPLITTER**

**Anklage gegen Chodorkowski**

**MOSKAU** – Die russische Staatsanwaltschaft hat am Freitag ihre Ermittlungen gegen den Ölkonzern Yukos abgeschlossen und Anklage gegen den Mehrheitseigner Michail Chodorkowski erhoben. Der reichste Geschäftsmann Russlands muss sich vor Gericht unter anderem wegen Betrugs, Steuerhinterziehung sowie Bildung einer kriminellen Vereinigung verantworten. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft am Freitag in Moskau mit. Der Gerichtstermin für das Strafverfahren gegen den seit knapp sieben Monaten in Untersuchungshaft sitzenden Chodorkowski stand noch nicht fest. Kommentatoren vermuten Interessen des Kremls hinter dem massiven Vorgehen der Justiz. (sda)

**Wolfensohn kritisiert die reichen Länder der Welt**

**MÜNCHEN** – Weltbank-Präsident James Wolfensohn hat verhaltene Kritik an den reichen Ländern der Erde geübt. Der «Süddeutschen Zeitung» sagte der 70-jährige Australier, wenn es dabei bleibe, dass einer Milliarde Menschen 80 Prozent der Ressourcen zur Verfügung stünden und den anderen fünf Milliarden nur 20 Prozent, «wird sich an unseren Problemen nichts ändern». Zugleich bemängelte Wolfensohn, dass in den reichen Ländern zunehmend innenpolitische Themen wie die Sorge um Wachstum und Arbeitsplätze, die Angst vor der Globalisierung sowie vor Krieg und Terror die politische Diskussion beherrschten und sich kaum jemand um die Armut in der Welt und die damit verbundenen anderen Themen kümmere. «Aber ich glaube, dass wir dafür nicht mehr viel Zeit haben», sagte Wolfensohn. (sda)

**Arroyo und Poe rufen Anhänger zu Mässigung auf**

**MANILA** – Im Streit um möglichen Wahlbetrug auf den Philippinen haben Präsidentin Gloria Arroyo und ihr Herausforderer Fernando Poe ihre Anhänger zur Mässigung aufgerufen. Poe rief seinen Anhängern am Freitag, zunächst das Ende der Stimmauszählung abzuwarten. Auch die Präsidentin warnte ihre Unterstützer vor Strassenprotesten. Poe wirft der Amtsinhaberin vor, das Abstimmungsergebnis zu ihren Gunsten fälschen zu lassen. In dem dreimonatigen Wahlkampf vor der Abstimmung am Montag waren mindestens 142 Menschen getötet worden. Mit dem amtlichen Endergebnis wird erst in zwei bis drei Wochen gerechnet. Die Behörden begründen den schleppenden Verlauf der Auszählung damit, dass die Stimmen von Hand ausgewertet werden. Laut einer Nachwahlbefragung des Meinungsforschungsinstituts SWS kann Arroyo mit 41 Prozent der Stimmen rechnen, der Filmschauspieler Poe mit 32 Prozent. (sda)

**Koalitionspartner gesucht**

**Indien: Sonia Gandhi auf dem Weg zur Regierungschefin**

**NEU-DELHI** – Nach dem überraschenden Sieg des Bündnisses der Kongresspartei bei den Parlamentswahlen in Indien soll Parteichefin Sonia Gandhi neue Ministerpräsidentin des Landes werden.

Darauf habe sich die Kongresspartei mit ihren Verbündeten geeinigt, sagte Generalsekretär Oscar Fernandes am Freitag in Neu-Delhi. Die Kongresspartei löst die Hindu-Partei BJP an der Spitze der grössten Demokratie der Welt ab. Es gebe einen Konsens über die Unterstützung Gandhis, sagte Fernandes nach einem Treffen mit verbündeten Parteien. «Sie haben gesagt: Ihr wählt eure Chefin und wir unterstützen sie.» Für das Wochenende sind weitere Treffen potenzieller Koalitionspartner untereinander und mit Sonia Gandhi geplant.

**Wählerwillen**

Nach dem Wahlsieg war spekuliert worden, ob die Kongresspartei wirklich eine aus dem Ausland stammende Politikerin für den Posten der Ministerpräsidentin nominieren würde. Sonia Gandhi wurde in Italien geboren. In einem Kommentar der «Hindustan Times» hiess es, die Wähler hätten eindeutig signalisiert, dass Gandhis Herkunft für sie kein Problem sei. Sonia Gandhi



Parteichefin Sonia Gandhi nimmt die Gratulationen der Wähler entgegen.

ist die Witwe des bei einem Attentat im Jahr 1991 getöteten Rajiv Gandhi, der von 1984 bis 1989 Ministerpräsident war und seiner ebenfalls ermordeten Mutter Indira Gandhi im Amt nachgefolgt war. Vor drei Wochen in Umfragen noch weit abgeschlagen, machten die Wahlberechtigten die Kongresspartei bei der Wahl zur stärksten Fraktion im

neuen indischen Parlament. Sonia Gandhis Bündnis kommt nach dem vorläufigen Endergebnis auf 217 der insgesamt 545 Parlamentssitze und verfehlt die absolute Mehrheit. Die Nationale Demokratische Allianz (NDA) unter dem bisherigen Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee errang nur 186 Mandate. Linke Parteien gewannen zusammen 64, an-

dere Parteien 72 Sitze. In vier Wahlkreisen wird nachgewählt, zwei Abgeordnete bestimmt der Präsident.

**Ohne absolute Mehrheit**

Für die absolute Mehrheit ist das von der traditionsreichen Kongresspartei geführte Bündnis auf die Unterstützung linker Parteien angewiesen. (sda)

**Verluste im Gazastreifen steigen**

**Truppen reissen Häuser in Flüchtlingslager ein**

**RAFAH** – Die israelischen Verluste bei Kämpfen im Gazastreifen steigen: Zwei israelische Soldaten wurden nach einem Bericht des arabischen Fernsehsenders El Dschasira am Freitag bei Rafah getötet und drei weitere verwundet.

Sie seien von den Al-Aksa-Brigaden angegriffen worden. Israelische Militärkreise bestätigten Verluste, machten aber keine Angaben über getötete Soldaten. In dieser Woche wären damit 13 israelische Soldaten bei Kämpfen getötet worden. Die israelischen Truppen reagierten auf die Angriffe mit dem verstärkten Abriss palästinensischer Häuser vor allem im Flüchtlingslager von



Die israelischen Truppen reagierten auf die Angriffe mit dem verstärkten Abriss palästinensischer Häuser.

Rafah an der ägyptischen Grenze. Nach ihrer Darstellung steht die erste Reihe von Häusern entlang einer Militärstrasse meist leer. Die Häuser würden von palästinensischen Kämpfern genutzt.

Auch Waffen würden über sie eingeschmuggelt. Bulldozer zerstörten am Freitag neun Häuser nahe der Militärstrasse, auf der am Mittwoch fünf Soldaten getötet worden waren. Heeres-Chef Mosche Jaalon kündigte eine Fortsetzung der Militäraktion an, die wieder heftige Gefechte auslöste. In den Kämpfen wurden zwei Palästinenser getötet und acht verletzt. Bei einem Hubschrauberangriff wurden ein Palästinenser getötet und sechs verletzt. (sda)

**ANZEIGE**

**VOLKSCARD**

**VOLKSMART**  
MIETE MICH FÜR 5 FRANKEN

Weitere Infos  
www. .li

Profitieren Sie als  
-Abonnent  
von Vorzugspreisen

**Mögliche Verstösse**  
**Misshandlung von Irak-Gefangenen**

**WASHINGTON/BAGDAD** – Die US-Regierung hat erstmals mögliche Verstösse gegen die Genfer Konventionen bei der Behandlung von Kriegsgefangenen im Irak eingeräumt.

US-Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz sagte vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats auf eindringliche Fragen des demokratischen Senators Jack Reed zur Misshandlung von Irakern im Abu-Ghraib-Gefängnis bei Bagdad: «Was Sie mir beschreiben klingt wie eine Verletzung der Genfer Konventionen.» Die Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsgefangenen verbieten die Misshandlung oder herabwürdi-

gende Behandlung von gefangenen Soldaten und Zivilisten. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte vor dem Kongress ausgesagt, die Verhörmethoden der US-Streitkräfte seien von Juristen des Ministeriums nicht beanstandet worden. Nach den Worten Wolfowitz stehen die Misshandlungen von irakischen Häftlingen im US-Militärgefängnis von Abu Ghraib ausserhalb all dessen, was von der US-Militärführung genehmigt worden sei. Er habe dies auch nicht gewusst, betonte er. Im Skandal um die Misshandlung irakischer Gefangener will sich einer der sieben beschuldigten US-Soldaten schuldig bekennen und gegen seine Mitäter aussagen. (sda)

**++++ Zu guter Letzt...++++**

**Auktion für Briefmarken**

**WIL** – Briefmarken im Wert von über 10,6 Millionen Franken sind im Auktionshaus Rapp in Wil SG versteigert worden. Den Höchstpreis erzielte eine Zeppelin-Sammlung mit 306 000 Franken. Der Schätzwert lag bei 90 000 Franken. 2800 Interessenten aus 48 Ländern lieferten sich ein Bietgefecht um die begehrtesten philatelistischen Kostbarkeiten. Darunter befanden sich eine Basler-Taube auf Brief von 1845, die für 65 000 Franken von einem Ostschweizer Privatsammler ersteigert wurde. Ein Brief mit einer nicht verausgabten Sonder-

marke der Olympischen Sommerspiele 1980 der Deutschen Bundespost, die so genannte «Gschiedle-Marke», wurde für 69 000 Franken ersteigert.

